

# Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 27 | März 2019



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament



Liebe Leserin, lieber Leser,

in der aktuellen Ausgabe meines Infomagazins stelle ich den Zusammenhalt der europäischen Gemeinschaft in den Fokus – was bedeuten uns heute noch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität?

Migration hat viele Facetten. In einem Beitrag erläutere ich, weshalb der Mangel an legalen Einreisemöglichkeiten Hürden für Schutzbedürftige und Arbeitsuchende darstellt und warum wir legale Wege der Einreise fordern.

Und selbstverständlich blicke ich auf ein gewichtiges Datum in der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland zurück: 100 Jahre Frauenwahlrecht.

Wie immer gibt es einen Rückblick auf Besuchergruppen in Brüssel und Straßburg sowie Termine vor Ort in NRW.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Herzliche Grüße, Ihre

## Europas Zukunft gemeinsam anpacken!

„Europa steht am Scheideweg“ – diesen mahnenden Satz konnte man in letzter Zeit oft hören. Und nicht zuletzt die täglich wechselnden Berichte zum Brexit zeigen: Europa erlebt stürmische Zeiten.

Aber gerade in derart stürmischen Zeiten, gilt es, das Ruder nicht den Nationalisten und Populisten zu überlassen. Denn mit ihrem Streben nach nationalen Alleingängen legen sie die Lunte ans Pulverfass und gefährden den solidarischen Zusammenhalt der europäischen Staaten und Bürger und damit die weitere friedliche und demokratische Entwicklung der EU. Dabei hat das vereinte Europa schon in der Vergangenheit bewiesen, dass es aus Krisen gestärkt hervorgeht. Ich bin überzeugt: Die Europäische Union kann und muss aus dem aktuellen Sturm stärker hervorgehen als je zuvor. Nur europäisch können wir die großen Herausforderungen – Wirtschafts- und Finanzkrisen, Migration, Klimawandel, Energiewende und Digitalisierung – fair und nachhaltig gestalten.

Damit dies gelingt, müssen wir jedoch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und sozialen Zusammenhalt – viel zu lang als selbstverständlich betrachtet – viel mehr in den Mittelpunkt stellen. Der wirtschaftliche Aufstieg Europas wurde lang als einziges Mittel auf dem Weg zu Frieden erachtet. Wirtschaftlicher Aufstieg darf aber nicht zum Selbstzweck werden. Was wir fordern, ist ein Europa, das das Leben der Menschen besser, das den Menschen

in den Mittelpunkt stellt, nicht den Markt. Ein demokratisches, rechtsstaatliches und soziales Europa, das unsere natürlichen Ressourcen schützt, Globalisierung und Digitalisierung vorausschauend gestaltet und Frieden und nachhaltige Entwicklung sicherstellt.

Ein zentraler Baustein hierfür wäre ein europäischer Sozialpakt, der die Mitgliedstaaten zu einem festen Mindestmaß an sozialen Standards, an Ausgaben für Bildung und Armutsbekämpfung etc. verpflichtet. Ein europäischer Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne in jedem Mitgliedstaat würde Lohndumping und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse eindämmen. Mithilfe einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung könnten langfristig wirtschaftliche Ungleichgewichte gemindert, Lasten gerechter verteilt und Sozialsysteme gestärkt und so Europa auf lange Sicht volkswirtschaftlich stabilisiert werden. Die Europäische Arbeitsbehörde braucht echte Kontrollbefugnisse, um grenzüberschreitenden Lohn- und Sozialdumping zu stoppen. Schließlich sind gerechte und europaweit einheitliche Regeln zur Besteuerung insbesondere großer Konzerne unverzichtbar.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben wir in der Vergangenheit schon einiges erreicht. Aber die aufgelisteten Ziele zeigen: Es bleibt noch viel zu tun. Packen wir's also an – gemeinsam, als vereintes Europa!

# Die EU braucht legale Einreisemöglichkeiten

Solidarische und effektive Migrationspolitik hat viele Facetten. Grundsätzlich ist die Stärkung von Demokratie und Wirtschaft in den Herkunftsländern unerlässlich. Ebenso wichtig sind dort leicht zugängliche Informationen über Voraussetzungen für Ausbildung und Arbeit in der EU, sowie klare Vereinbarungen zur Rücknahme derer, die keinen Asylstatus bekommen können. Zu all diesen Punkten hat sich das Europäische Parlament klar positioniert.

Zugleich unterstreicht der Streit um die Seenotrettung die Notwendigkeit, endlich eine nachhaltige Reform des europäischen Asylsystems und insbesondere der sog. Dublin-Verordnung vorzunehmen.

In diesem Beitrag konzentriere ich mich aber konkret auf unsere Forderungen zu legalen Wegen der Einreise. Das gilt für Schutzbedürftige und Menschen, die sich auf der Suche nach Arbeit und Perspektiven für eine bessere Zukunft befinden.

Das Geschäft der Schleuser beruht darauf, dass es für Schutzbedürftige kaum sichere und legale Einreisemöglichkeiten gibt; Regeln für legale Arbeitsmigration sind meist national und damit unübersichtlich, mit der Konsequenz, dass auch Arbeitssuchende häufig den Weg über das Asylsystem wählen. Die Kombination aus mangelnden legalen Einreisemöglichkeiten und steigender Grenzüberwachung, mit zum Teil gewaltsamer Abwehr von Schutzsuchenden, drängt Migranten weiter in die Hände krimineller Schleuser.

Als sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament setzen wir uns seit langem für andere Lösungen ein. Der Verzicht auf immer massivere Abschottung bei gleichzeitigem Ausbau legaler Einreisemöglichkeiten eröffnet Schutzsuchenden sicherere Wege. Dadurch könnten Menschenleben gerettet werden und Kosten in den Bereichen Grenzkontrolle, Seenotrettung und dem Asylsystem insgesamt sinken. Zugleich würden weniger Migranten zusätzlich zur Ausbeutung durch Schleuser Opfer des Menschenhandels werden.

Eine vor Kurzem veröffentlichte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass durch die Kontrolle irregulärer Migration, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum und den Auswirkungen des Menschenhandels durch organisierte Kriminalität Kosten von bis zu 28 Milliarden Euro jährlich entstehen können.<sup>1</sup>

Konkret setzen wir uns vor diesem Hintergrund für die verbindliche Einführung humanitärer Visa sowie Vorgaben für Neuansiedlungen aus Flüchtlingslagern in Drittstaaten ein. Hier kann in Zusammenarbeit, etwa mit dem UNHCR, eine erste Auswahl schutzbedürftiger Menschen getroffen werden; das eigentlich Asylverfahren würde innerhalb der EU erfolgen.

Damit würden auch Staaten entlang unserer Außengrenzen entlastet. Gemeinsam könnten die Mitgliedstaaten so die Einreise und Verteilung schutzsuchender Menschen besser steuern und die Auf-

nahme sowie die Asylverfahren gezielter vorbereiten.

Das Parlament hat den von unserer Fraktion angeführten Vorschlag zu humanitären Visa unterstützt und die Europäische Kommission verpflichtet, einen Gesetzesentwurf zu präsentieren. Eine Einigung zur vorgeschlagenen Neuansiedlungsverordnung liegt im Parlament längst vor, die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat konnten sich bisher jedoch nicht auf eine Position verständigen.

Es gibt aber, ungeachtet weiterer notwendiger Bemühungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Bedarf an Zuwanderung in Arbeit, teilweise auch in Ausbildung. Daher braucht eine zeitgemäße Migrationspolitik auch Möglichkeiten, auf regulären Wegen einzureisen.

Im Innenausschuss des Europaparlaments verabschiedeten wir 2017 den von der S&D-Fraktion geführten Vorschlag zur Überarbeitung der „Blauen Karte“. Diese wird aktuell aufgrund unterschiedlichster bestehender nationaler Systeme kaum genutzt. Die Überarbeitung soll ein einheitlicheres Einreisensystem für Arbeitskräfte aus Drittstaaten schaffen und so auch bürokratische Hürden senken. Leider konnten sich die Mitgliedstaaten auch hier noch nicht einigen.

Ungeachtet dieser technischen Verfahren sollten Mitgliedstaaten, die Menschen für Ausbildung und Arbeit suchen, diese zunächst in Staaten suchen, aus denen ohnehin Menschen zu uns kommen. Auch dies könnte ein Signal einer besseren Zusammenarbeit etwa mit Staaten auf dem afrikanischen Kontinent sein.

Es gibt also gute Gründe, sich weiterhin für das gemeinsame Europäische Asylsystem und legale Einreisemöglichkeiten einzusetzen.

Zugleich können wir nur so unseren gemeinsamen Werten gerecht werden und Menschen vor Folter, Krieg und politischer Verfolgung retten. Effektive Regeln sind notwendig für neues Vertrauen innerhalb unserer Gesellschaften. Nur ein gemeinsames europäisches Migrationssystem kann darüber hinaus Entwicklungspotenziale in den Herkunftsländern stärken und so Fluchtursachen bekämpfen.



*Eine nachhaltige Reform des EU-Asylsystems mit legalen Wegen der Migration ist unerlässlich*

<sup>1</sup> The Cost of Non-Europe in Asylum Policy. Wouter van Ballegooij & Cecilia Navarra, European Parliamentary Research Service, Oktober 2018

## Besucher im Europäischen Parlament

Ungebrochen ist der Wunsch der Menschen, einer der Quelle der politischen Entscheidungen in der Europäischen Union ganz nahe zu kommen. Und so habe ich wieder mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in

den Parlamenten in Straßburg und Brüssel sprechen und ihnen über die getroffenen oder anstehenden Entscheidungen von mir und meiner sozialdemokratischer Kolleginnen und Kollegen berichten können.



Gesamtschule Aspe im Europaparlament in Brüssel

Ende Oktober 2018 kam eine „bunte Truppe“, bestehend aus BürgerInnen aus dem Hochsauerlandkreis, Märkischen Kreis und dem Kreis Siegen-Wittgenstein nach Straßburg. Bei der lebhaften Diskussion standen die Auswirkungen des bevorstehenden Brexit, der wachsende Rechtspopulismus in ganz Europa und die europäische Integration im Mittelpunkt.

Die Komba – Gewerkschaft der kommunalen Betriebe aus Hagen besuchte mich im Dezember in Brüssel. Hier lag der Themenschwerpunkt im Bereich der Datenschutzgrundverordnung. Im Februar empfang ich Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Aspe aus Bad Salzuflen (Foto) und freue mich darauf, im März – schon ganz traditionell – die Hannah-Arendt-Gesamtschule aus Soest in Brüssel zu begrüßen.

## 100 Jahre Frauenwahlrecht Politisches Frauenfrühstück mit Marlies Stotz

Vor 100 Jahren am 19. Januar 1919 konnten Frauen zum ersten Mal von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Und die Frauen nutzten ihr neu errungenes Recht: Bei den Reichstagswahlen stimmten fast 90 Prozent der wahlberechtigten Frauen ab und ermöglichten, dass einen Monat später die ersten 37 weiblichen Abgeordnete, in die Nationalversammlung einziehen konnten – immerhin knapp zehn Prozent.

Am 19. Februar 1919 hielt die Sozialdemokratin Marie Juchacz als erste Frau eine Rede in der Nationalversammlung: „Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf [...]“. Weiter sagte Marie Juchacz selbstbewusst: „Ich möchte hier feststellen, und glaube damit im Einverständnis vieler zu sprechen, dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht

vorenthalten worden ist.“ Diese starken Worte einer Sozialdemokratin gingen in die Geschichte ein.

Bis es dazu kam, haben mutige und engagierte Frauen für das allgemeine Wahlrecht in unserem Land lange erbittert gekämpft. Vieles hat sich seither geändert. Doch nach wie vor sind Frauen auf vielen Ebenen nicht gleichberechtigt vertreten: Sei es bei der (un-)gleichen Vergütung, bei der (Un-)Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei nach wie vor bestehenden Stereotypen und Diskriminierung – oder eben bei der (un-) gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft oder Medien.

Ja, das Jubiläum ist ein Grund zum Feiern. Aber viel mehr ist es für mich als Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion ein Grund, noch entschlossener für gleiche Teilhabe in allen Bereichen einzutreten.

Populistische Parolen und ein aufkommender Rechtsruck in der Bevölkerung gefährden

die lang erkämpfte Emanzipation der Frauen und das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft. Die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie ein friedliches Miteinander sind aber wichtige Ziele der Europäischen Union. Anlässlich des 100. Jahrestags der Einführung des Frauenwahlrechts haben Marlies Stotz MdL und ich gemeinsam am 19. Januar 2019 ein Politisches Frauenfrühstück in Lippstadt ausgerichtet. Über 50 Frauen waren der Einladung gefolgt, um über bislang Erreichtes zu sprechen und uns zugleich darüber auszutauschen, wie die Zukunft der Frauen aussehen wird und welche Herausforderungen sich auch heute noch auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Gesellschaft stellen.

Durch die Gespräche wurde deutlich, wie gefährlich der momentane Rechtsruck in der Gesellschaft tatsächlich für die Gleichstellung der Frauen ist. Und wie schnell die schwer erkämpften Rechte zunichte gemacht werden könnten. Umso wichtiger ist es, sich auch weiterhin für die Gleichberechtigung von Frauen stark zu machen.

# Termine vor Ort in NRW

Der Jahreswechsel war traditionell durch viele Weihnachtsfeiern und Neujahresempfänge geprägt. Dazu kamen viele weitere Anfragen für Austausch und Diskussion. Nicht alle Einladungen konnte ich annehmen; doch quer durch Südwestfalen konnte ich mich u. a. in Altena, Meinerzhagen, Olpe, Bruchhausen, Meschede, Wilnsdorf und Neunkirchen mit vielen interessierten Menschen mal in geselliger Runde, mal bei hitziger Diskussion über aktuelle Themen austauschen.

Bereits im September hatten Bürgerinnen und Bürger aus Südwestfalen Gelegenheit, sich den Dokumentarfilm „The Cleaners“ im Europäischen Parlament anzusehen. Aufgrund weiterer Anfragen fand auf Initiative des SPD-Stadtverbandes eine weitere Filmvorführung in Lippstadt statt, die alle TeilnehmerInnen tief beeindruckte.

Daneben gab es Termine zu zwei besonderen Anlässen. Im Dezember feierte der SPD-Ortsverein Arnsberg sein 100-jähriges Bestehen und konnte neben zahlreichen Gästen auch Sigmar Gabriel als Gastredner begrüßen. Im Januar legte Hans-Dieter Moritz nach über 50 Jahren vielfältigster politischer Aktivitäten den Vorsitz des Gemeindeverbandes Neunkirchen ab. Auch an dieser Stelle geht mein Dank noch einmal an Hans-Dieter für die über die Jahre immer sehr gute Zusammenarbeit.

Im Februar besuchte ich auf Einladung des Kreisverbandes und der AG 6oplus Olpe das Bergbaumuseum Siciliaschacht in

LenneStadt. In der anschließenden Diskussion gemeinsam mit Wolfgang Jörg MdL konnten wir den Bogen von der Geschichte des Bergbaus hin zu Herausforderungen am Arbeitsmarkt etwa durch Digitalisierung schlagen.

Spannend auch eine Veranstaltung des SPD-Stadtverbandes Beckum im Kreis Warendorf zu „Brexit & Co.: Bricht Europa auseinander?“ (Foto). Bei der sehr lebhaften Debatte standen neben Brexit auch die Datenschutzgrundverordnung,

Demokratiestärkung und die europäische Integration im Fokus.

Schulbesuche sind für mich mehr als einfach ein weiterer Termin – vor dem Hintergrund meiner politischen Anfänge im Jugendverband „Die Falken“ mache ich dies mit besonderer Leidenschaft – zumal die heutigen SchülerInnen Gestalter unserer Zukunft sind. Hauptschule, Gymnasium, Berufskolleg – ich nehme immer wichtige Impulse für mich als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion und meine Arbeit im Parlament mit.



Podiumsteilnehmende der Veranstaltung in Beckum

v. l.: Felix Markmeier-Agnesens, Birgit Sippel, Sarah Weiser und Ralf Högemann

## Impressum

**Verantwortlich:** Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest  
Telefon: 02921 364738 · europa@birgit-sippel.de · www.birgitsippel.de  
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

**Redaktion:** Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP

**Satz:** ensemble»design, Soest/München

**Fotos:** Birgit Sippel MdEP · ©European Union 2017 ·  
©European Union 2019 · ©Frederik Werning · ©Marlies Stotz ·  
FatCamera (www.istockphoto.com)

